

2. Progressivismus und Imperialismus

0. Übersicht

Reformbewegungen und ein starker Präsident

Imperialismus

1. Reformbewegungen und ein starker Präsident

“The Gilded Age” hatte den USA mit explosionsartigen Wachstumszahlen auf allen wirtschaftlichen Gebieten im Zuge der zweiten industriellen Revolution die Möglichkeit verschafft, zu einer der führenden Mächte des Erdballs aufzusteigen. Allein vom Wirtschaftspotential her waren die USA auf dem besten Wege, den ersten Platz unter den Mächten des Planeten einzunehmen. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts schickte sich die neue Grossmacht denn auch an, dieses Potential in der internationalen Politik in die Waagschale zu werfen. Im globalen Mächtesystem entstand somit ein neues Kraftzentrum, das im 20. Jahrhundert eine immer wichtigere Rolle spielen sollte. Die Entwicklung dieser neuen Grossmacht wollen wir heute bis ins Vorfeld des 1. WK untersuchen. Die Voraussetzungen für diese Entwicklungen bildeten jedoch Reformbestrebungen im Innern, die den Wildwuchs des ungehemmten Kapitalismus teilweise zurückschnitten, die gewonnenen Potentiale besser kanalisiert und durch Stärkung der Rolle des Präsidenten einen gezielteren Einsatz des vorhandenen Machtpotentials ermöglichte. Diese Reformbewegungen, die man gemeinhin unter dem Begriff “Progressivism” zusammenfasst, sowie deren politische Auswirkungen, werden uns im ersten Teil der heutigen Vorlesung beschäftigen.

Im “Gilded Age” war bei weitem nicht alles Gold, was da glänzte. Die korruptionsschwangere Verquickung zwischen Politik und Kapitalinteressen hatte ein Ungleichgewicht erzeugt, in dem Wenige auf Kosten des Gemeinwesens reich und superreich werden konnten. Schwache Regierungen, ein starker, aber im Banne der Lobbyisten stehender Congress und eine sich verselbständige, oft korrupte Bürokratie liessen den Wirtschaftsinteressen freien Lauf und schufen einen gefährlichen Reformstau. Periodischen Wirtschaftskrisen und deren erheblichen sozialen Auswirkungen, die den langfristigen Wachstumstrend im Bewusstsein und in der täglichen Erfahrungswelt der Menschen überlagerten, stand die Politik unter diesen Umständen hilflos gegenüber. Den Gewinnern des “Gilded Age” standen deshalb noch sehr viel mehr Verlierer gegenüber.

Das galt auch und gerade für den Agrarsektor. Hier zeigten sich die paradoxen Auswirkungen des allgemeinen aber unkanalisierten Wachstumstrends in besonderer Deutlichkeit.

Im Jahre 1878 beschloss die deutsche Reichsregierung unter dem Fürsten Bismarck neben der Erhöhung von Zöllen für schwerindustrielle Produkte die Einführung von Schutzzöllen für die Landwirtschaft. Dahinter steckte der "Solidarprotektionismus" von industriellen Magnaten und der grossagraren Lobby der preussischen Junker. Die sozialhistorische Forschung in Deutschland unter Führung von Hans-Ulrich Wehler hat in dieser "reaktionären" Wende der deutschen Politik das Ende der liberalen Epoche und den Schwenk zu jener konservativ-manipulatorischen Politik im Kaiserreich erblickt, die schliesslich in den 1. WK führte. Hintergrund jener Wende war die in den 1870er einsetzende weltweite Agrarkrise, die die seit Beginn des 19. Jahrhunderts so erfolgreichen Agrarexporteure dauerhaft ins Hintertreffen geraten liess. Diese Agrarkrise aber war eine Überproduktionskrise. Die weltweit verbesserte Infrastruktur durch Eisenbahnen, Dampfschiffe und Kühlsysteme erlaubte eine enorme Steigerung im globalen Handel mit landwirtschaftlichen Gütern. Billiges Getreide aus den russischen Schwarzerdegebieten überschwemmte den Markt. Massenhaft wurde Rindfleisch von den grossen argentinischen Haciendas angeboten. Vor allem aber waren es Fleisch und Getreide aus dem Mittleren Westen der USA, die die Balance des globalen Agrarmarktes durcheinander brachten. Die frisch eroberten Gebiete in den Plains, von den Dakotas bis nach Texas und New Mexico, produzierten einen erheblichen Lebensmittelüberschuss, den selbst Amerikas wachsende Städte nicht mehr verkraften konnten und die nun auf den Weltmarkt drängten.

Aus deutscher und europäischer Sicht erschien es, als würden die USA gesamthaft von dieser Situation profitieren. Doch dies war ein Irrtum. Nur die Geschäftemacher an den Agrarbörsen, die Eisenbahngesellschaften und Schifffahrtsgesellschaften, sowie einige wenige Grossfarmer machten zum Teil märchenhafte Gewinne. Die grosse Masse der kleineren und mittleren Farmer litt unter der Überproduktion genauso wie preussische Junker und durchschnittliche Bauern in ganz Europa. Besonders in den USA wurde dabei das Paradoxon von Fortschritt und Überproduktion deutlich, auch wenn viele die Zusammenhänge nicht verstanden.

So meinte der Gouverneur von Kansas noch Anfang der 1890er erstaunt:
"... There were hungry people ... because there was too much bread ... and ... so many ... poorly clad ... because there was too much cloth."

Dabei lagen die Dinge doch recht einfach. Massenhafte Produktion und verbesserte Verkehrswege drückten auf die Agrarpreise. Kleinere Farmer

hatten dabei erhebliche Einnahmeausfälle zu verkraften. Ja, die Kleinfarmer des Ostens wurden sogar in die Subsistenzwirtschaft getrieben. Die harte Geldpolitik des Bundes verschärfte zudem die Lage der häufig verschuldeten Farmer. Ernte- und Einnahmeausfällen durch die in den USA relativ häufigen Naturkatastrophen (Hurricane und Tornados) trieben dabei viele Farmer in den Ruin.

Die Folge von alledem war die Entstehung einer agrarischen Protestbewegung, die sich gegen die Eisenbahngesellschaften, die Grosskapitalisten und die Bevorzugung der Industrieinteressen richtete. Das "Grange Movement" (eigentlich Patrons of Husbandry) stellte die erfolgreichste Organisation von Farmerinteressen dar, die vor allem in den Staaten des Mittleren Westens viele Anhänger gewann und Einfluss auf die Politik der Staatsregierungen nahm. Da aber der Einfluss in der Bundeszentrale gering blieb, bildete sich zunehmend eine Anti-Washington Haltung heraus, die noch heute auf dem flachen Land nachwirkt und bisweilen bizarre bis grausame Blüten treibt.

In den 1890er Jahren resultierte aus dem agrarischen Protest eine Third Party Bewegung, deren Ziel es war, neben den etablierten Parteien eine dritte Kraft zu kreieren, die den Forderungen der Farmer auch in der Zentralregierung Gehör verschaffen sollte. Bei den Präsidentschaftswahlen von 1892 trat die Populist Party mit einem radikalen Programm an, das mit der Forderung nach dem Acht-Stunden-Tag auch städtische Arbeiter ansprach. Präsidentschaftskandidat wurde der ehemalige Unionsgeneral James B. Weaver, dem aus Gründen der Balance ein ehemaliger Konföderierter General als Kandidat für die Vizepräsidentschaft an die Seite gestellt wurde. Bei den Wahlen gewann Weaver immerhin 1 Mio stimmen, in Alabama sogar 36,6%. Aber der Erfolg der Populist Party reichte nur dazu aus, die Kräfteverhältnisse zwischen den etablierten Parteien zu verschieben. Da die Gewinne der Populists in erster Linie auf Kosten der Republikaner gingen, wurde der Demokrat Grover Cleveland mit 5Mio Stimmen zum zweiten Mal zum Präsidenten gewählt. Die Populisten waren ermutigt, aber die nächsten Jahre sollten zeigen, dass ihr Stimmenanteil eher stagnierte.

Dabei stand Clevelands Präsidentschaft unter einem ungünstigen Stern, denn 1893 setzte eine erneute, heftige Wirtschaftskrise ein, die zu Massenprotesten führte. 1894 streikten mehr als 750,000 Arbeiter. Es kam zu Unruhen und auch zu Massenprotesten auf dem Land. Jacob S. Coxey, ein Populist aus Ohio, führte einen Demonstrationszug nach Washington. Doch statt der erwarteten Massen erreichten nur 400 Leute die Bundeshauptstadt. Dort wurde Coxey auf der gerade fertig gestellten Mall verhaftet, weil er den Rasen betreten hatte. - Erneut zeigte sich, dass in dem Riesenland eine durchgreifende nationale Oppositionsbewegung schwer zu

organisieren war.

Wie die Kräfteverhältnisse wirklich lagen, zeigte sich bei den Präsidentschaftswahlen von 1896. Die Republikaner stellten mit William McKinley einen Kandidaten auf, der knallhart auf industrielles Wachstum und die Interessen des urbanen America setzte. Dabei standen ihm ein ausgezeichneter Wahlkampfapparat und grosse finanzielle Mittel zur Verfügung. Die Demokraten stellten William Jennings Bryan auf, der sich der Parolen der Populisten bediente und damit der neuen Oppositionspartei die Schau stahl. Die Populists ihrerseits schafften es nicht, sich mit Bryan auf ein Zusammengehen zu einigen, sodass sich beide Parteien gegenseitig die Stimmen wegnahmen. Das Resultat war eindeutig: Demokraten und Populisten teilten sich die Stimmen des agrarischen Südens und des Mittleren Westens. Doch McKinley gewann im bevölkerungsreichen Nordosten und industriellen nördlichen Mittleren Westen, sowie im Westen. McKinley wurde mit deutlicher Mehrheit Präsident.

Dies war eine Richtungswahl, in der das urbane America über das traditionelle agrarische America siegte - und zwar auf Dauer. Die zweite industrielle Revolution hatte sich endgültig durchgesetzt. Das Third Party Movement war gescheitert und erholte sich nicht mehr. Nun ging es darum, den Sieg des Urbanismus durch Reformen abzusichern, die auch den wichtigsten Bedürfnissen der Farmer nachkommen würden. Dies sollte in den nächsten Jahren geschehen.

Drei aufeinanderfolgende republikanische Präsidenten - McKinley, Theodore Roosevelt und William Howard Taft - setzten dabei Reformwerke in Kraft, die die Rolle des Staates eindeutig stärkten. Ansätze zu einem Staatsinterventionismus wurden dabei erkennbar, wie ihn die USA in Friedenszeiten noch nie erlebt hatten. Dass ausgerechnet Republikaner eine Politik des starken Staates verfolgten, erscheint heutzutage kaum fassbar und war auch für Zeitgenossen eine Überraschung. Doch lag dies an besonderen Konstellationen, nämlich dem Druck der öffentlichen Meinung, schierer Notwendigkeit und der Persönlichkeit Teddy Roosevelts. McKinley hielt sich in seinen Reformbemühungen noch sehr zurück und konzentrierte sich lieber auf aggressive Aussenpolitik. Damit erreichte er im Jahre 1900 auf beeindruckende Weise seine Wiederwahl. Doch schon ein Jahr später wurde er von einem Anarchisten ermordet. Sein Nachfolger wurde am 12. September 1901 Vizepräsident Th. Roosevelt. Der bullige Mann mit dem Spitznamen "Mr. Imperialism" (woher dieser Spitzname kam, dazu später) hatte eine gänzlich andere Vorstellung von der Rolle des Präsidenten als alle seine Vorgänger seit Lincoln: seiner Ansicht nach sollte nicht der Congress regieren sondern der vom Volk gewählte Chef der Administration, also der Präsident. So erweckte Roosevelt das höchste Amt zu neuem Leben, und

zwar gerade auf dem Gebiet der inneren Politik. Sein Nachfolger Taft führte diese Politik in vieler Hinsicht weiter, ohne allerdings die Durchschlagskraft seines Vorgängers zu besitzen. In jedem Falle setzte Th. Roosevelt neue Massstäbe, an die sich mancher seiner späteren Nachfolger halten sollten, ganz besonders sein entfernter Verwandter Franklin D. Roosevelt.

Die Antriebskräfte für Reformen kamen jedoch aus der Bevölkerung. Während die Populist Party im Sterben lag, wurden ihre Reformideen von anderen Gruppen, diesmal vornehmlich urbaner Herkunft, aufgegriffen, erweitert und propagiert. Doch entstand daraus nicht eine neue einheitliche Bewegung oder gar eine Partei, sondern vielmehr ein Konglomerat von vielen reformorientierten Gruppierungen und einflussreichen Einzelpersonlichkeiten. Da waren z.B. die so genannten Mugwumps, eine Gruppe liberaler Republikaner unter der Führung des alten 48er Carl Schurz, die sich den Demokraten zugewandt hatte in der Hoffnung, mit deren Hilfe Reformen durchzusetzen. Sehr erfolgreich waren die Mugwumps damit nicht, doch ihr Einfluss, gerade auch auf die liberale Presse im Nordosten, trug massgeblich zur Verbreitung der Reformideen bei. Da waren natürlich die Reste der Populist Party und die reformorientierten Flügel der beiden grossen Parteien. Wichtig waren auch die Muckrakers, aufrechte Journalisten wie Henry Demarst Lloyd und Lincoln Steffens, die die skandalöse Verquickung von Politik und Wirtschaftsinteressen aufdeckten. Da waren starke Bewegungen innerhalb und ausserhalb der Parteien, die den politischen Filz dadurch zu bekämpfen versuchten, dass sie für mehr direkte Demokratie eintraten: Initiative und Referendum nach Schweizer Vorbild und vor allem die Auswahl von Kandidaten durch Urwahl seitens der Parteimitglieder, die so genannten Primaries.

Es gab Gruppen, die für Sozialreformen eintraten, für Regulierung der Wirtschaft, den Kampf gegen die Macht der Bosse und für einen Ausbau öffentlicher Dienstleistungen. Auch kirchliche Organisationen wirkten besonders im sozialen Bereich durch tätiges Vorbild und politischen Druck auf Reformen hin. Dabei kamen auch eher fragwürdige Bestrebungen zum Zuge, so z.B. die Prohibitionisten der Anti Saloon League, die dem exzessiven Alkoholkonsum den Kampf ansagten und ganze Regionen trocken legten, vor allem in ländlichen Süden. Die grosse Zeit der Prohibitionisten sollte noch kommen, aber dabei auch Probleme moderner Drogenbekämpfung hervorrufen. Andere Gruppen kämpften gegen Prostitution und Kriminalität - mit mässigem Erfolg. Mit derartigen Gruppen in Verbindung stand eine Bewegung, die entscheidend zur Ausweitung der Demokratie in den USA beitrug: die National American Woman Suffrage Association. Unter der Führung Susan B. Anthony, Anna Howard Shaw und Carie Chapman Catt trat diese Organisation mit wachsendem Erfolg für das allgemeine Frauenwahlrecht ein. Bis zur Jahrhundertwende hatten bereits die Staaten

Wyoming, Colorado, Utah und Idaho das Frauenwahlrecht eingeführt. Bis 1914 kamen Kalifornien, Arizona, Kansas und Oregon hinzu. 1917 entschied sich New York als erster Staat des Ostens, das Frauenwahlrecht einzuführen. Im Jahre 1919 schliesslich beschlossen der Congress und die Einzelstaaten den 18. Verfassungszusatz, der das Frauenwahlrecht landesweit verankerte.

Bei aller Heterogenität hatten diese Bewegungen doch genügend Gemeinsamkeiten, um ihnen einen sie verbindenden Sammelbegriff umzuhängen: Progressivism. Auf die eine oder andere Weise traten sie alle für mehr Demokratie, good government, eine moralischere Politik, den Kampf gegen den Korruptionssumpf des "Gilded Age" und die Übermacht der Bosse, sowie für mehr soziale Gerechtigkeit ein. Natürlich fanden nicht alle Forderungen bei allen Befürwortern des Progressivismus gleichermassen Anklang. So konnten man ohne weiteres für soziale Gerechtigkeit und mehr Staat eintreten und gleichzeitig harten Getränken frönen. Man konnte tagsüber für mehr Demokratie kämpfen und sich abends dennoch mit einer Prostituierten vergnügen. So wird sich wohl feststellen lassen, dass die meisten Fortschrittler eigentlich selective Progressionists waren, d.h. sie legten sich ihre eigene Agenda auf dem Weg in die Moderne zurecht.

Diese Feststellung galt insbesondere für Präsident Theodore Roosevelt, der sich zur Überraschung vieler Zeitgenossen nach seinem plötzlichen Amtsantritt an die Spitze der Bewegung stellte, ohne allerdings alle Reformwünsche zu erfüllen. Immerhin war es der aktiven Unterstützung des Präsidenten zu verdanken, dass das erste Jahrzehnt nach der Jahrhundertwende als die "Progressive Era" in die amerikanische Geschichte einging.

Dabei wurden viele gesetzgeberische Massnahmen von fortschrittlichen Einzelstaaten auf den Weg gebracht und oft erst nach Roosevelts Amtszeit vom Bund landesweit durchgesetzt. Doch Roosevelt trieb die Entwicklung von Washington aus voran. So verabschiedete etwa Maryland im Jahre 1902 das erste Gesetz über eine staatliche Unfallversicherung für Arbeiter. Nach einer Brandkatastrophe in New York im Jahre 1911, bei der 146 Menschen in den Flammen einer Fabrik umkamen, weil nicht genügend Notausgänge vorhanden waren, wurde die Unfallversicherung Bundesgesetz. Obendrein verabschiedeten der Congress und die Einzelstaaten relativ scharfe Sicherheitsbestimmungen für Fabriken, die auch durch regelmässige Inspektionen durchgesetzt wurden. Kinderarbeit wurde nach und nach verboten, während Arbeitszeitbegrenzungen für Jugendliche, dann auch Frauen und allmählich sogar Männer folgten. Dennoch blieben zahlreiche Missbräuche bestehen.

Roosevelt beendete auch die skandalöse Praxis seiner Vorgänger, sich bei

Arbeitskonflikten immer auf die Seite der Unternehmer zu stellen und sogar vor Gewaltanwendung nicht zurückzuschrecken. Im Mai 1902 brach ein grosser Bergarbeiterstreik aus, der die Kohleversorgung des Landes ernsthaft bedrohte. Den Arbeitgebern fiel dazu nichts anderes ein, als folgende Äusserung des Präsidenten von Reading Railroad:

“The rights and interests of the laboring man will be protected and cared for not by the labor agitators, but by the Christian men to whom God in his infinite wisdom has given control of the property interests of the country.”

Dieser traditionelle “Herr-im-Hause”-Standpunkt eines unternehmerischen Gottesgnadentums verfiel jedoch nicht beim Präsidenten. Roosevelt lud stattdessen Vertreter der Bergarbeitergewerkschaft und der Arbeitgeber im Oktober zu einem Schlichtungsgespräch ins Weisse Haus ein. Als die Unternehmer sich dort weigerten, mit den Gewerkschaftern überhaupt zu sprechen, drohte ihnen der bullige Präsident an, sie eigenhändig zum Fenster hinaus zu werfen. Derartige Drohungen verfielen. Am Ende stand ein erfolgreicher Schlichtungsvorschlag, der die meisten Forderungen der streikenden Arbeiter erfüllte. Das war ein Meilenstein, wurden doch nun gemässigte Gewerkschaften in das System integriert.

Überhaupt ging Roosevelt recht rabiāt gegen die unbeschränkte Macht der Bosse vor. 1903 wurde das Department of Commerce and Labor eingerichtet, das regulierend in die Wirtschaft eingriff und sich für einen Arbeiterschutz einsetzte. Roosevelt suchte dabei die Kooperation mit der Wirtschaft. Doch wenn Grossfirmen wie Standard Oil oder American Tobacco die Zusammenarbeit verweigerten, ging der Präsident einem Konflikt nicht aus dem Wege, drohte mit Gerichtsverfahren und Zwangsmassnahmen. Auf diese Weise erwarb sich Roosevelt den Ruf eines “Trustbusters”. Natürlich wurden dabei keine Trusts zerschlagen oder gar enteignet. Niemand in der Administration stellte das Privateigentum oder gar den Kapitalismus infrage. Die grossen Unternehmen blieben im wesentlichen unangetastet. Doch sie mussten fortan lernen, sich halbwegs an gewisse Grundregeln zu halten und ihre soziale Verantwortung zur Kenntnis zu nehmen. Obendrein wurde der Wettbewerb etwas besser geschützt.

Möglich wurde dies alles, weil Roosevelt das Verhältnis der Administration zum Congress neu definierte. Seine Devise war, dass die Verfassung dem Präsidenten alles erlaubte, was nicht ausdrücklich verboten war. Mit Hilfe seiner Getreuen im Congress konfrontierte er die alte politische Garde mit immer neuen Attacken und relativ radikalen Massnahmen. Typisch hierfür war die Ankündigung des Republikanischen Speakers Joe Cannon vor dem House of Representatives:

“We will now perpetrate the following outrage...”

Roosevelt ging sogar soweit, persönlich im Congress zu erscheinen - bis dahin für Präsidenten nur bei besonderen Anlässen üblich -, um die Abgeordneten und Senatoren mit seinem bulligen Auftreten einzuschüchtern. Diese Taktik war recht erfolgreich, denn der Congress wurde in den meisten Fragen geradezu lammfromm.

Diese Politik machte Teddy Roosevelt enorm populär. Es war daher keine Überraschung, dass er 1904 einen überwältigenden Wahlsieg errang. Auch in seiner zweiten Amtszeit führte Roosevelt seine Reformpolitik fort. Nach einem gewaltigen Skandal über die hygienischen Zustände in der Lebensmittelindustrie setzte er 1906 ein Meat Inspection Act und ein Pure Food and Drug Act durch, das Americas Obsession mit sauberen Lebensmitteln einleitete. Eine der vielleicht bleibendsten Leistungen Roosevelts war sein Einsatz für die Rettung von Americas Umwelt. Der Präsident, selbst begeisterter Jäger und Naturliebhaber, sorgte für die Schaffung von Yellowstone National Park, Yosemite National Park und mehrerer anderer Naturreserven. Ein Foresty Service überwachte den Schutz der letzten noch unberührten Landschaften. Auch wenn hier so mancher fauler Kompromiss geschlossen wurde, so wurde doch damit eine Bewegung ausgelöst, von deren Früchten wir heute noch profitieren.

So war Teddy Roosevelt innenpolitisch einer der wichtigsten Präsidenten der USA. Aber in der Kampagne für seine Wiederwahl im Jahre 1904 hatte er einen schweren, kaum zu verstehenden Fehler begangen. Er hatte dem Wahlvolk versprochen, nicht für eine weitere Amtszeit kandidieren zu wollen. Da er seine Reputation als ehrlicher Politiker nicht beschädigen wollte, trat er 1908 tatsächlich nicht mehr an. So wurde Kriegsminister William Howard Taft mit Roosevelts Segen zum neuen Präsidenten gewählt. Roosevelt, damals erst 50 Jahre alt, ging auf Reisen: Grosswildjagd in Afrika und eine triumphale Europareise, Jagdvergnügen mit Wilhelm II. Den sprunghaften deutschen Kaiser empfand er alles andere als erbaulich, was Roosevelts Einstellung zur Rolle der USA im 1.WK massgeblich beeinflusste.

In der Zwischenzeit führte Taft die Reformpolitik vorsichtig weiter. Doch der Mann, der laut eigenem Bekunden die Politik hasste, stellte sich dabei nicht so geschickt an, wie sein Vorgänger. Zudem umgab er sich zunehmend mit der alten konservativen Garde seiner Partei. Auch wenn er zweimal so viele Anti-Trust-Gesetze durchbrachte wie Roosevelt und in seiner Amtszeit die Volkswahl der Senatoren verfassungsrechtlich verankert wurde, so ging ihm doch schon bald der Ruf des Verräters voraus, weil er bei der Zollpolitik den Interessen der Wirtschaft nachgab und sich in der Umweltpolitik mit den Männern Roosevelts überwarf. Die Folge war der Bruch mit Roosevelt, die

1912 zur Abwahl der Republikaner führte. Darüber dann ein anderes Mal.

Insgesamt aber war die Progressive Era recht erfolgreich und legte den Grundstein für das moderne America. Aber das soll nicht Eindruck erwecken, als sei nun alles im Lot gewesen. Es gab nach wie vor Millionen von Verlierern im "Land der unbegrenzten Möglichkeiten". In den Städten wuchsen die Slums weiter. Im Süden entstand eine regelrechte Apartheid, welche Schwarze vom öffentlichen Leben ausschloss, ihnen den Zugang zu guten Schulen verwehrte, ihren wirtschaftlichen Aufstieg verhinderte und ihnen weitgehend das Wahlrecht nahm. Während die Republikaner in Washington auf Reformkurs setzten, wurden im Süden ca. 2000 Menschen Opfer von Lynchmorden. Die Mörder erreichte nur selten der Arm des Gesetzes. In weiten Teilen der USA, vor allem in den Indianerreservaten des Westens, vegetierten die Ureinwohner in Agonie und Alkoholismus dahin. An diesen Schattenseiten Amerikas sollte sich noch lange Zeit nichts ändern.

2. Imperialismus

"God's Own Country" ist ein glückliches Land - zumindest was die Geographie angeht. Während die meisten Staaten dieser Erde im Laufe ihrer Geschichte unter der Präsenz mächtiger und gefährlicher Nachbarn litten, befinden sich die USA so gut wie auf einer Insel. Seit 1815 der letzte bewaffnete Konflikt mit GB durchgestanden wurde, mussten die USA auf dem eigenen Kontinent keine gefährlichen Gegner mehr fürchten. Die Monroe-Doktrin der 1820er hatte deutlich gemacht, dass die USA keine europäische Intervention auf dem Amerikanischen Kontinent dulden würden. Auch wenn dies in der Praxis nicht immer verhindert konnte, so wurden doch die Sicherheitsinteressen der USA seit dem nur noch marginal berührt. Den furchtbarsten Krieg erlebten die USA nur 1816-65, als Amerikaner gegen Amerikaner kämpften. Ansonsten aber hatten sie ungefährliche Nachbarn wie Kanada, Mexiko oder die Staaten in der Karibik. Ja diese Gebiete eigneten sich vorzüglich als Objekte der Begierde für wirtschaftliche und territoriale Interessen. So hatte der Raubkrieg gegen Mexiko 1846-48 das Gebiet der USA erheblich erweitert.

Ein weiteres geographisches Gottesgeschenk stellte der Westen dar. Während des 18. und der ersten Hälfte 19. Jahrhunderts konnten die USA weitgehend unbehelligt ihrer manifest destiny frönen: der Eroberung des Westens. Doch nach dem Bürgerkrieg war dieser Prozess weitgehend abgeschlossen, abgesehen vom Völkermord an den Plainsindianern, der sich bis in die 1870er hinein vollzog. Es stellte sich nun die Frage, ob der Expansionsprozess abgeschlossen war, oder ob die USA auch weiterhin eine Politik des Imperialismus verfolgen sollten.

William H. Seward, Aussenminister unter Lincoln und Johnson, vertrat schon 1867 diesbezüglich eine ganz dezidierte Meinung:

“America must continue to move on westward until the tides of the renewed and the decaying civilizations of the world met on the shores of the Pacific Ocean.”

Diese deutlich sozialdarwinistisch geprägte Vorstellung vom Imperialismus gab damit die neue Richtung an: den Pazifik. Seward selbst legte dementsprechend Hand an. 1867 erwarb er für \$ 7,5 Mio Alaska von Russland. Auch wenn Zeitgenossen “Seward’s folly” beklagten, so viel Geld für eine “icebox” ausgegeben zu haben, so erwies sich dieser Kauf langfristig als gute Investition. Mehr noch aber lockte ihn Asien und hier vor allem China und Japan. Dort sollten dem US-Handel neue Märkte gegenüber der europäischen Konkurrenz erschlossen werden. Aber dazu mussten die USA Präsenz zeigen. Da der Weg über den Pazifik weit war, benötigten amerikanische Schiffe sichere Zwischenstationen. Seward drückte deshalb 1867 die Annexion der Midway Inseln durch, interessierte sich aber obendrein für Hawaii und Samoa.

Sewards Nachfolger arbeiteten in dieselbe Richtung. Doch sie hatten es dabei nicht einfach. Im Congress und in der Öffentlichkeit regte sich wiederholt Widerstand gegen die teure, moralisch anfechtbare Expansionspolitik, die zudem noch Ärger mit anderen Mächten verursachte. Erst 1889 erwarben die USA wenigstens noch einen Anteil an Samoa, nachdem sich Briten und Deutsche dort bereits breit gemacht hatten. Inzwischen hatte die USA auch über Hawaii indirekte Kontrolle errichtet. Als die dortige Königin Liliuokalani sich als zu eigenständig erwies, wurde ihr Regime destabilisiert und durch einen Putsch unter Mitwirkung von US-Marines gestürzt. Weil Präsident Cleveland die Annexion verweigerte, machte sich die imperialistischen men on the spot selbstständig und proklamierten 1894 die Republic of Hawaii, die nun auf einen expansionistisch gesonnenen Präsidenten wartete.

Diese Erwartung sollte nicht enttäuscht werden. In den USA machten nämlich Propagandisten Stimmung für die Notwendigkeit weiterer Expansion. Schliesslich lebte man in einem Zeitalter, indem weltweit aggressiver Imperialismus wieder Mode geworden war. Die europäischen Mächte teilten Afrika unter sich auf, wetteiferten um Einfluss in China, Zentralasien und im Vorderen Orient, ja machten sich sogar im Pazifik bemerkbar. Selbst Japan, 1854 von US-Kriegsschiffen gewaltsam geöffnet, fiel 1894/95 über China her, um sich einen Anteil an der imperialistischen Beute zu sichern. Sollten die USA, die grosse aufsteigende Wirtschaftsmacht, da zurückstehen?

Sicherlich nicht, meinten einflussreiche Männer. So schrieb Frederick Jackson Turner 1893 in seinem berühmten Aufsatz über die Rolle der Frontier:

“He would be a rash prophet who would assert that the expansive character of American life has now entirely ceased. Movement has been its dominant fact, and, unless this training has no effect upon a people, the American energy will continually demand a wider field for its exercise.”

Wichtige Republikanische Senatoren wie Albert J. Beveridge und Henry Cabot Lodge machten sich dementsprechend zu energischen Fürsprechern einer weiteren Expansion, diesmal nach Übersee. John Fiske, Historiker und sozialdarwinistischer Trommler, lieferte die ideologische Rechtfertigung für die Expansion: Die angelsächsische “Rasse” sei bestimmt, die Welt zu beherrschen, schrieb er schon 1885.

1890 veröffentlichte Captain Alfred Thayer Mahan sein Buch *The Influence of Sea Power upon History*, welches unter anderem Wilhelm II. auf die Idee brachte, Deutschlands Zukunft liege auf dem Wasser. Flottenbau, diese Idee griff auch in den USA um sich, sollte die weitere Expansion ermöglichen. Aber die US-Navy war zu diesem Zeitpunkt nichts anderes als “a heterogeneous collection of naval trash”, wie eine Marinezeitschrift böse bemerkte. Der Unterstaatssekretär für die Marine in der Regierung McKinley, niemand anders als Theodore Roosevelt, arbeitete demgemäß wie versessen am Kriegsschiffbau. 1896 waren bereits 11 Schlachtschiffe fertig gestellt oder im Bau. Zudem aber liess Roosevelt seine Umgebung und die Öffentlichkeit wissen:

“... this country needs a war.” - Er sollte ihn bekommen.

Im spanisch beherrschten Cuba tobte seit Jahren Bürgerkrieg. Mit äusserster Brutalität gingen die Spanier unter General Weyler gegen die Aufständischen und die Zivilbevölkerung vor. 1896 hatte Weyler *reconcentrado* Zentren eingerichtet, in denen die Menschen wie die Fliegen an Unterernährung und mangelnden hygienischen Verhältnissen starben. Die Weltöffentlichkeit war empört. Die angeblichen und tatsächlichen Gräueltaten der schmierigen Spanier, die auch das Leben von Amerikanern auf Cuba bedrohten, wurden in New York durch die Yellow Press von Hearst und Pulitzer und ihrem hemmungslosen Sensationalismus ins Gigantische aufgebauscht. Zudem machten sich Wirtschaftsinteressen Sorge um ihre Investitionen in Cubas Zucker- und Bergbauindustrie in Höhe von \$50 Mio. So entstand in der veröffentlichten Meinung und bei wichtigen Lobbies eine regelrechte Interventionsstimmung.

McKinley hielt sich einstweilen noch zurück. Doch er entsandte im Januar 1898 das Schlachtschiff U.S.S. Maine zu einem “Freundschaftsbesuch” nach Havanna. Am 15. Februar explodierte dieses Schiff plötzlich im Hafen von Havanna und riss 260 Mann in den Tod. Neuere Forschungen haben ergeben,

dass es sich wohl um eine Kohlenstaubexplosion im Bunker des Schlachtschiffes gehandelt hatte. Doch für viele Zeitgenossen, voran die Yellow Press, war klar, dass eine spanische Bombe das Schiff in die Luft gejagt hatte. Nun gab es kein Halten mehr. Am 25. April erklärte der Congress Spanien den Krieg. Es war ein sehr populärer Akt.

Der Krieg selbst hatte seine tragikkomischen Seiten. Mehr als 200.000 Amerikaner meldeten sich freiwillig zu den Waffen, unter ihnen auch Teddy Roosevelt, der sein Regierungsamt niederlegte. Aber es gab nicht genügend Schiffe, um die Armee nach Cuba überzusetzen. Roosevelt wollte jedoch unbedingt dabei sein. Mit seinen "Rough Riders" besetzte er kurzerhand im Hafen von Tampa, Florida einen Truppentransporter und verjagte andere Einheiten, die ebenfalls an Bord wollten. Angekommen auf Cuba entliefen den Rough Riders zunächst einmal die Pferde. So machten sie sich zu Fuss auf, die Höhen um Santiago zu erobern, was ihnen in zwei kleinen Schlachten gelang. Als dann auch noch am 3. Juli eine spanische Entsatzflotte vor Santiago versenkt wurde, war die Sache entschieden. Die Spanier kapitulierten. Ende Juli wurde obendrein Puerto Rico besetzt. Spanien hatte seine Besitzungen in der Karibik verloren.

Doch damit nicht genug. Am anderen Ende der Welt eroberten US-Streitkräfte die spanischen Philippinen. Bei dem anschliessenden Friedensvertrag musste Spanien Puerto Rico und die Philippinen an die USA abtreten und Cuba in die Unabhängigkeit entlassen. Nebenbei wurde nun auch Hawaii annektiert. Die USA hatten die imperialistischen Träume verwirklicht, Roosevelt war Kriegsheld und hatte sich den Beinamen "Mr. Imperialism" verdient, was ihm in seiner weiteren politischen Karriere sehr half. Doch der Sieg erwies sich als zweischneidig. Cuba wurde in Abhängigkeit gehalten und wie eine Kolonie behandelt - mit bösen Langzeitfolgen. Puerto Rico blieb auf Jahrzehnte eine unterprivilegierte Kolonie, deren Einwohner zu tausenden in die USA emigrierten und dort die Ghettos bevölkerten. Am schlimmsten aber waren die Vorgänge auf den Philippinen. Hier wurden die grossen moralischen Ansprüche der USA, die den Inseln auf Dauer die Unabhängigkeit versprochen, endgültig ad absurdum geführt. Es kam zu Aufständen und zu einem blutigen Guerillakrieg, in dessen Verlauf die US-Truppen alles überboten, was der spanische General Weyler auf Cuba angerichtet hatte. Ca. 200.000 Menschen kamen in einem gigantischen Massaker um, das bereits an Völkermord grenzte. Die USA hatten den Imperialismus voll gelernt.

Die Gräuel auf den Philippinen riefen jedoch viel Widerstand in den USA hervor. Die Anti-Imperialist League und wesentliche Teile der Demokraten liefen Sturm gegen die Regierung. Als "Mr. Imperialism" Präsident wurde, verhielt er sich demgemäss eher vorsichtig. Der Krieg in den Philippinen

wurde beendet und weitere Expansionsschritte unterblieben. Stattdessen wurde nun eine Politik des indirekten Imperialismus verfolgt, eine Kanonenbootpolitik, die zwar von weiteren Annexionen absah, aber Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen der USA rabiät durchsetzte.

“Speak softly, and carry a big stick” - war Roosevelts Devise. So wurde Cuba erneut besetzt. In China beteiligten sich die USA an direkten Interventionen, um ihre Wirtschaftsinteressen im Rahmen der “Open Door”-Politik zu wahren. Den Höhepunkt erreichte Roosevelts aggressive Politik, als er 1903 die Abtrennung Panamas von Kolumbien mit Gewalt durchsetzte. Die “foolish and homicidal corruptionists at Bogota”, “these contemptible little creatures”, wie Roosevelt sich ausdrückte, hatten es nämlich gewagt, den Verkauf der Zone um den im Bau befindlichen Panamakanal für eine lächerliche Summe zu verweigern. So wurde ein Marionettenstaat gegründet, der sich den Wünschen der USA unterwarf.

Ganz Lateinamerika wurde geradezu zum Hinterland US-amerikanischer Interessen erklärt, wobei sich Washington das Recht herausnahm, jederzeit nach eigenem Gutdünken einzuschreiten, wenn dortige Regimes die Zahlungen nicht mehr gewährleisten konnten.

In Roosevelts eigenen Worten lautete die entsprechende Doktrin wie folgt:

“Chronic wrongdoing ... may in America, as elsewhere, ultimately require intervention by some civilized nation, and in the Western Hemisphere the adherence of the United States to the Monroe Doctrine may force the United States, however reluctantly, in flagrant cases of such wrongdoing or impotence, to the exercise of an international police power.”

Damit war jene Doktrin formuliert, die die USA zunächst zum Polizisten Amerikas und schliesslich zum Weltpolizisten machen sollte - mit moralischem Anspruch, aber immer zum Wohle eigener Interessen. Das war der Kern des US-Imperialismus, der im 20. Jahrhundert eine Weltmacht entstehen liess, die den Hass von Millionen auf sich zog.

Wie sehr die USA nun bereits zu einer international anerkannten Grossmacht geworden war, zeigte sich, als Roosevelt 1905 Frieden zwischen Russland und Japan vermitteln durfte und 1906 auf der Konferenz von Algieras als Schiedsrichter auftrat, um die Erste Marokkokrise zwischen dem DR und F zu entschärfen. Dafür erhielt er sogar den Friedensnobelpreis - eine der vielen fragwürdigen Entscheidungen des Nobelpreiskomitees.

Der neue Weltmachtstatus der USA wurde zudem theatralisch unterstrichen, als Roosevelt im Dezember 1907 die “Great White Fleet” auf eine Weltreise

entsandte. Es sollten aber noch viele US-Kriegsschiffe die Weltmeere befahren - nicht immer zur Freude der Anrainer ...